

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 781

Mittwoch, 7. Juni 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ein Schweizer Kaffeehändler im Promiknast.....	1
Zamora sieht sich am 14. Juni ohne Anwaltschaft einem Strafurteil gegenüber.....	2
Ist ein Blanko-Wahlzettel eine sinnvolle politische Haltung in Zeiten des Wahlbetrugs?.....	4
Ein Unsicherheitsgefühl dominiert 20 Tage vor den Wahlen.....	6

Ein Schweizer Kaffeehändler im Promiknast

Guatemala, 9. Mai - Dem Schweizer CEO der wichtigsten guatemaltekischen Kaffeekooperative wird in Guatemala wegen angeblicher Geldwäscherei der Prozess gemacht. Ein Lehrstück über die wachsende politische Repression im Land. Informationen aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 09.05.2023, Publik Forum, 23/2023, S. 31; Prensa Libre vom 09.05.2023 und Prensa Comunitaria vom 24.03.2023)

Der Geschäftsführer der Kaffeekooperative FEDECOCAGUA, Ulrich Gurtner sitzt seit dem 24. März in guatemaltekischer Haft in dem Gefängnis auf der Mariscal-Zavala-Militärbasis. Neben ihm sitzt der Ex-Präsident, Otto Perez Molina, ein. Wer ihn – wie der NZZ-Lateinamerika-Korrespondent, Alexander Busch, besuchen will, muss sein Handy abgeben, kriegt seinen Ausweis gescannt und ein fluoreszierendes Stempelzeichen auf den Arm gedrückt. Militärs sind zwar freundlich, aber auch schwerbewaffnet. Der Weg führt weiterhin durch einen 500 Meter langen staubigen Pfad durch einen Wald und endet an einem Ort, der eher an eine Schrebergartenkolonie als ein Gefängnis erinnert. Busch sieht einen Grill im Vorgarten, eine Sonnenliege. Es gibt Salat mit Balsamico-Essig. Die Insassen kommen in City-SUVs, die den Parkplatz befüllen. Wie gut es ihnen dort geht, hängt auch davon ab, wie viel Geld fliesst.

Alles scheint etwas absurd zu sein, sagt Gurtner gegenüber Busch. Das gilt auch für die Anklagepunkte, der er sich gegenüber sieht: Geldwäscherei.

Wer ist Ulrich Gurtner?

Gurtner, 66 Jahre alt, kommt aus Winterthur in der Schweiz, war Ökonom bei der UBS und ist über den Kaffeehändler Volkart in den Kaffeehandel geraten. Seit Jahrzehnten ist er in Guatemala Geschäftsführer des kleinbäuerlichen Kaffeedachverband FEDECOCAGUA, der Fairtrade-Kaffee an Eine-Welt-Läden ebenso liefert wie an Starbucks, Nespresso oder Tschibo. Der höhere Preis im Fairtrade-Handel beschert dem Dachverband und damit auch den Kooperativen, die sich aus 10.000 Pflanzler*innen höhere Einnahmen als sonst im Kaffeemarkt. Von 100 bis 120 Millionen Dollar ist die Rede. Davon leben 50.000 Menschen in den ländlichen Regionen Guatemalas.

Das ist seit dem 24. März nicht mehr so. Alle Konten von FEDECOCAGUA wurden gesperrt. Das macht den Kaffeehandel schwierig. Exportchef Gerardo de León sagt zu Busch: "Wir arbeiten hier seit 41 Tagen bargeldlos."

Für seinen Artikel in der NZZ hat Busch mit verschiedenen Personen gesprochen: Stefan Jost von der Konrad-Adenauer-Stiftung oder Elisabeth Maigler von der Friedrich-Naumann-Stiftung. Viele verweisen auf ein Kartell des Schweigens und Angst vor Repression. So sagt ihm Jost: "Die öffentlichen Orte, an denen man sich frei äussern kann, nehmen ab" und Maigler erinnert an die auch in der Fijáte! häufig thematisierte Vereinnahmung der Justiz durch die Exekutive. Diejenige Sonderstaatsanwaltschaft gegen Strafflosigkeit (FECI), die noch 2015 den Ex-Präsidenten Molina und weitere korrupte Politiker*innen und Unternehmer*innen ins Promigefängnis gebracht haben, ermitteln nun gegen kritische Journalisten wie José Rubén Zamora oder eben gegen Gurtner.

Was wird Gurtner vorgeworfen?

Curruchiche, der jetzige Leiter der FECCI, wirft Gurtner laut Prensa Comunitaria bzw. Prensa Libre simulierten An- und Verkauf von Kaffee vor. Dieser geschehe über Scheinfirmen, die den Kaffee in Rechnung stellten, den die Genossenschaften und Kleinerzeuger*innen an FEDECOCAGUA lieferten. Diese wiederum zahlten zum Schein die Rechnungen mit Geld, das später durch eine Reihe von Überweisungen auf die Konten zurückgeführt würde. So sei ein Geldbetrug im Wert von über 1 Milliarde Q (= 116 Mio. €) aufgelaufen. Das entspricht in etwa dem Jahresumsatz des Dachverbands. Gegenüber Busch sagte Gurtner, dass die Vorwürfe alt seien. Und erzählt, dass er bereits 1986 als damaliger Vertreter für die Handelsfirma Volkart aus heiterem Himmel die Exportlizenz entzogen worden waren – und ein Beamter von ihm ein «Auslösegeld» in Höhe von 300.000 Dollar forderte. Seine Weigerung führte zu seiner sofortigen Ausreise, denn die Zahlungsaufforderung war mit eindeutigen Bedrohungen für Leib und Leben verbunden. Die Vorwürfe wegen Geldwäscherei und Steuerhinterziehung wurden erstmals 2009 erhoben. Die CICIG, die die Vorwürfe prüfte, wies diese laut Prensa Libre am 17.01.2012 als unbegründet zurück.

Die heutige FECCI hält diese Freisprechung für falsch und hat deshalb – so berichtet Prensa Comunitaria am 24.03.2023 – ein Verfahren gegen den damaligen Leiter der CICIG, Francisco Javier Dall'Anese Ruiz eingeleitet. Dieser und auch der langjährige FECCI-Chef, Juan Francisco Sandoval, der ebenfalls verfolgt wird, hätten die Geldwäsche vertuscht und damit die Straffreiheit für FEDECOCAGUA gefördert, so sagt es FECCI-Chef Curruchiche.

Gegenüber Busch sagte Gurtner, dass seit dem Hinauswurf der CICIG durch den Präsidenten Jimmy Morales eine Art Rachefeldzug gegen alle, die damals "mit der CICIG zusammengearbeitet oder sie unterstützt haben", stattfinde.

Rache wegen des Ansprechens von Unregelmäßigkeiten im Bankgeschäft bei der Banrural?

Gurtner könne seine Mund nicht halten, sagt er selbst gegenüber dem NZZ-Korrespondenten Busch. So hat er als Vorstandsmitglied der Banrural auf Ermittlungen des US Homeland Departments hingewiesen, die sich darauf beziehen, dass einige Kooperativen (die nicht FEDECOCAGUA angehören) mit Geldern von USAID rechtswidrig Aktienanteile bei der Entwicklungsbank erhöht hätten. "Ich musste auf die Vorgänge hinweisen, sonst hätte ich mich mitschuldig gemacht", sagt Gurtner gegenüber der NZZ. Das Vorgehen machte ihm keine Freunde.

Gegenüber den Vorwürfen von Curruchiche sagte Gurtner weiter, dass dieser sich ihn als Ausländer vorgenommen habe, damit er klein beigebe. Guatemaltekeische Quellen vermuten, dass der Staatsanwalt selbst von der Anklage profitiere, auf welche Weise ist allerdings unklar. Das Aufsehen, das der Fall macht, werde demnach dazu führen, dass dieser nur noch auf politischer Ebene gelöst werden könne. Das etwas willkürlich wirkende Verschieben der fünf Anhörungen und die gleichzeitige Fortführung der Haft dienen offenbar der weiteren Einschüchterung Gurtners. Auch Misereor-Geschäftsführer, Thomas Antkowiak – so zitiert ihn Publik Forum - mache sich Sorgen, dass es kein rechtsstaatliches Verfahren für Gurtner geben werde. Er befürchtet, dass der faire Handel in Guatemala anderen Kaffeehändler*innen im Wege steht.

Bei Besuch der NZZ im Hauptsitz der Kooperative in Guatemala Stadt zeichnet der FEDECOCAGUA-Exportchef León ganz exakt die spinnenartigen Verbindungslinien zwischen der Finanzaufsicht, den Kooperativen ausserhalb des Kaffeekooperativen-Dachverbands, der Entwicklungsbank Banrural sowie den amerikanischen Behörden auf. Ein Elite-Netzwerk nennen es sowohl der Ökonom des Zentrums für Nationale Wirtschaftsform (CIEN), Hugo Maul als auch Jost von der Konrad-Adenauer-Stiftung. An dem Netzwerk seien Grossunternehmen, die organisierte Kriminalität und neureiche Politiker*innen als "Beharrungseliten" (Jost) organisiert. Und Gurtner sagt gegenüber der NZZ über die Interessen des Netzwerks: "(...) Hier darf niemand reich werden – ausser uns." Stimmen aus dem diplomatischen Kreise gehen demnach davon aus, dass korrupte Politiker*innen versuchen wollten, in der Bank Gelder zu waschen und zu verstecken. Der Bankaufseher Gurtner habe dabei gestört. Zudem könne seine Kooperative zu gross geworden sein und andere versuchen, sich mit diesen unlauteren Mitteln dagegen zu wehren.

In diesem Monat finden bekanntlich Wahlen in Guatemala statt und danach findet politisch bis zum Übergang zur neuen Regierung im Januar relativ wenig statt. Deshalb befürchtet Ulrich Gurtner, dass Entscheidungen über seinen Fall weiter aufgeschoben werden könnten: "Ich habe mich innerlich schon darauf eingestellt, dass ich noch bis zum Jahresende hier sitzen könnte", sagte er gegenüber der NZZ.

Zamora sieht sich am 14. Juni ohne Anwaltschaft einem Strafurteil gegenüber

Guatemala, 31. Mai - Der Prozess gegen den Journalisten und elPeriódico-Gründer Jose Rubén Zamora und die ehemalige stellvertretende Staatsanwältin Samari Gómez ist zu Ende gegangen. Nach zwölf Anhörungen hat das Achte Gericht unter dem Vorsitz von Richter Oly González die Urteilsverkündung für den 14. Juni um 9 Uhr morgens angesetzt, um Zeit für die Auswertung der Beweise zu haben.

Zamoras Anwalt, Joel Iván Reyes, erklärte gestern vor dem Ende der Schlussplädoyers, dass der Journalist in einem Zustand der Wehrlosigkeit in den Prozess gekommen sei, da ihm nicht erlaubt wurde, die Mittel vorzulegen, die die Herkunft der 300.000 Q (= 34.885 €) beweisen könnten, die Zamora für das Kunstwerk an Ronald García Navarrijo gegeben

hat. Es ist dieser Betrag, mit dem die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) die Anklage wegen Geldwäsche begründet.

Die Staatsanwältin der FECI, Cinthia Monterroso, forderte für dieses Verbrechen 20 Jahre Haft, die Höchststrafe für den Journalisten, für die Verbrechen der Vorteilsgewöhnung und der Erpressung (12 bzw. 8 Jahre), mit dem erschwerenden Umstand der "Verachtung der Autorität", da sich Zamora in einem Gespräch gegen die Generalstaatsanwältin und den Leiter der FECI ausgesprochen hatte.

Im Fall von Gómez wurden acht Jahre Gefängnis beantragt, die Höchststrafe für das Verbrechen der Weitergabe vertraulicher Informationen.

Der Anwalt Reyes sagte, dass vier von der Generalstaatsanwaltschaft angefertigte Protokolle nicht als Beweise vorgelegt wurden und auch dass die Personen, die an diesen Protokollen beteiligt waren, nicht genannt wurden, nämlich der Geschäftsmann Alejandro Girón Lainfiesta, an den Zamora ein Gemälde verkauft haben soll, von dem 240.000 Q stammen. Er fügte hinzu, dass das Geld, das Girón Lainfiesta übergab, mit den Siegeln der Bank versehen war, während in einem anderen Protokoll angegeben wurde, dass Juan Marroquín Godoy, der Cousin des Journalisten, der Vermittler beim Verkauf des Kunstwerks war. "Leider konnten wir dies nicht beweisen, weil die Verteidigung nicht über die Mittel verfügte, die der Staatsanwaltschaft bekannt waren", sagte Reyes. Die Beweise wurden von Richter Fredy Orellana, der die Vorverhandlungsphase des Prozesses verfolgte, nicht akzeptiert.

In Bezug auf die Vorteilsgewöhnung, für die die Staatsanwaltschaft 12 Jahre Haft gefordert hatte, sagte er, er sei besorgt darüber, dass es Polizeibeamte gewesen seien, die die Kopien der von García Navarrijo aufgenommenen Audios heruntergeladen und analysiert hätten, die nicht von den Originalgeräten stammten. Auch das Nationale Institut für forensische Wissenschaften (INACIF), das für die Erstellung wissenschaftlicher Berichte zuständig ist, hat dies nicht getan. Ausserdem seien die Aufnahmen im Februar 2021 gemacht worden, 17 Monate vor der Verhaftung des Journalisten und des Staatsanwalts, und in dieser Zeit hätte eine richterliche Genehmigung eingeholt werden können, was aber nicht geschehen sei. "Illegal erlangte Beweise sollten in diesem Prozess nicht gewertet werden", sagte er.

Die Erpressung bezieht sich darauf, dass Zamora Prominente gegen Zahlung einer Geldsumme von einer kritischen Berichterstattung über deren mutmasslichen Vergehen ausschliesse. Anwalt Reyes sagte dazu, dass die Staatsanwaltschaft versuche, dieses Verbrechen zu beweisen, indem sie Moisés David Ostrowiak als Zeugen aufruft, der sagte, dass er sich durch die Veröffentlichungen von "El Peladero", einer Sektion von elPeriódico, beeinflusst gefühlt habe. Er habe bei seiner Aussage nie erwähnt, dass er zur Zahlung einer Geldauflage verurteilt worden sei, sagte er. Ein weiterer Zeuge war der ehemalige Kongressabgeordnete Luis Hernández Azmitia, der laut Reyes ebenfalls nicht beweisen konnte, dass er um Geld gebeten wurde, um nicht in der genannten Rubrik zu erscheinen. Aus diesem Grund beantragte er, den Erklärungen der Zeugen keine Beweiskraft beizumessen.

Die Anklage gegen Zamora und Gómez geht auf eine Untersuchung zurück, die innerhalb von drei Tagen, vom 26. bis 29. Juli 2022 durchgeführt wurde, und zwar aufgrund einer Beschwerde von García Navarrijo, einem ehemaligen Direktor der Banco de los Trabajadores.

Beim Verlassen des Gerichtssaals sagte der Journalist, dass elPeriódico kein Scheinunternehmen sei, Er spielte damit auf eine Äusserung der Staatsanwältin Monterroso in ihren Schlussplädoyer über die von ihm gegründete Zeitung an. "Wir waren das bescheidenste Medium, aber auch das härteste", sagte er.

Es häufen sich die Verfahren gegen Journalist*innen

Mehrere Presseorganisationen, darunter die Journalist*innenvereinigung von Guatemala (APG), reichten gestern eine Unterlassungsklage gegen den regionalen Staatsanwalt der MP und den Richter Jimi Bremer ein, der das zweite Gerichtsverfahren gegen Zamora verhandelt, weil er Ermittlungen gegen neun Journalist*innen von elPeriódico genehmigt hat. Mit dieser Klage soll die MP angewiesen werden, das Verfassungsgebot der Meinungsfreiheit einzuhalten.

Mario Recinos, Vizepräsident der APG, sagte, dass sie nicht schweigen können und fordern die Einhaltung des Gesetzes und vor allem ein ordentliches Verfahren bei der Strafverfolgung von Medien und Journalist*innen. "Im Fall von Jose Rubén Zamora treten wir für ein ordnungsgemässes Verfahren ein, dafür, dass der Justizterrorismus nicht die Oberhand gewinnt und dass eine Verteidigung nach den gesetzlichen Bestimmungen möglich ist. Wir haben gesehen, dass man versucht hat, ihn an einer angemessenen Verteidigung zu hindern. Wir fragen uns, wer die Justiz wirklich behindert."

Für Evelyn Blanck vom Red Rompe el Miedo (Netzwerk "Brecht die Angst") zeugt die Forderung der Staatsanwaltschaft nach 12 Jahren Haft wegen Vorteilsgewöhnung für Zamora von Unkenntnis der Gesetze zur Meinungsfreiheit, da Meinungsäusserungen gegen Amtsträger geschützt sind, um die Meinungsfreiheit in einem demokratischen System zu gewährleisten. Die Verhaftung Zamoras, so Blanck, habe eine tiefgreifende Wirkung gehabt, indem sie den Berufsstand der Journalist*innen in Angst versetzt habe. Angriffe auf die Presse und das Recht auf freie Meinungsäusserung haben den Effekt, die Demokratie zu beenden und eine Diktatur zu errichten", sagte sie (Prensa Comunitaria)

Ist ein Blanko-Wahlzettel eine sinnvolle politische Haltung in Zeiten des Wahlbetrugs?

Guatemala, 31. Mai - Thelma Cabrera von der Bewegung für die Befreiung des Völker (MLP), Carlos Pineda von Prosperidad Ciudadana (PC) und Roberto Arzú von PODEMOS haben mehrfach dazu aufgerufen, die Stimmen für die Präsidentschafts- und die Vizepräsidentschaftswahlen ungültig zu machen, um das abzulehnen, was sie als Wahlbetrug durch das Oberste Wahlgericht (TSE) und die Gerichte ansehen.

Sowohl Thelma Cabrera als auch Jordán Rodas, ihr Vizepräsidentschaftskandidat, haben eingeräumt, dass sie eine ungültige Abstimmung für die Präsidentschaftswahlen fordern. "Wir müssen darauf setzen, den Kongress der Republik zu säubern, der in seiner grossen Mehrheit ein Komplize der Regierung von Alejandro Giammattei war. Wenn wir Sadomasochist*innen sind, sollten wir auch für diese stimmen", sagte Rodas sarkastisch.

Pineda, der von den dreien als letzter aus dem Wahlverfahren ausgeschlossen wurde, hat seine Plattform in den sozialen Medien, die ihn so populär gemacht hat, genutzt, um seine Anhänger und die seiner Partei dazu aufzufordern, den Stimmzettel durchzustreichen, als Zeichen der Ablehnung des Betrugs. "Wir unterstützen den Wahlboykott. Es geht nicht darum, die Menschen zu ändern, sondern das Regierungssystem", lautet eine der Botschaften einer seiner Anhänger, der durch die Strassen zog, um Flugblätter zu verteilen, die zur Abgabe einer ungültigen Abstimmung aufrief. Die letzte Umfrage, die von einem Medienunternehmen am 2. Mai veröffentlicht wurde, sah Pineda mit 23 Prozent Zustimmung auf dem ersten Platz der Wahlabsichten.

Prosperidad Ciudadana hat erst begonnen, Wahlbetrug anzuprangern, als die Partei selbst mit gerichtlichen Hindernissen konfrontiert wurde. Vorher also zu den Zeiten, als andere Parteien wie MLP und PODEMOS im Januar und Februar dieses Jahres von der Präsidentschaftswahl ausgeschlossen wurden, hat sie nicht derart reagiert.

Schliesslich hat Arzú die gleiche Botschaft hinzugefügt. "Wählen Sie auf dem weissen Stimmzettel, der für den Präsidenten und den Vizepräsidenten bestimmt ist, null. Wählen Sie auf den anderen Stimmzetteln die Abgeordneten und Bürgermeister von PODEMOS ... Herz gesehen, Herz markiert" (*Das Herz ist das Symbol von PODEMOS, d.Red.*).

Was sagt das Wahlgesetz über die ungültige Stimmabgabe?

Das Gesetz über Wahlen und politische Parteien (LEPP) legt fest, dass eine ungültige Stimme jede Stimme ist, die 1. nicht eindeutig mit einem X, einem Kreis oder einem anderen geeigneten Zeichen bei einem Parteiensymbol gekennzeichnet ist, 2. wenn das Zeichen mehr als eine Partei umfasst oder 3. wenn der Stimmzettel Änderungen, Ausdrücke, Zeichen oder fremde Zahlen enthält.

Im Jahr 2016, als Mario Taracena von der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) Kongresspräsident war, verabschiedete er eine Reform des LEPP, das Dekret 26-2016, das der ungültigen Wahl etwas mehr Bedeutung verlieh, indem es festlegte, dass die Wahlen wiederholt werden müssen, wenn die Zahl der ungültigen Stimmen eine Mehrheit der Stimmen (50 % der Wahlbeteiligung plus eins) erreicht. Damit wurde festgelegt, dass im Falle der Ungültigkeit innerhalb von 10 Tagen nach der Erklärung Neuwahlen angesetzt werden müssen. (...) Das Dekret sieht nicht vor, dass die Parteien ihre Kandidat*innen bei der Wiederholung der Wahlen austauschen müssen.

Dieser Aspekt wurde sorgfältig geändert, um die Interessen von langjährigen Politiker*innen wie Taracena und anderen, die seit fast 30 Jahren Abgeordnete sind, nicht zu beeinträchtigen und jedes Szenario zu vermeiden, das sie aus dem Rennen ausschliessen könnte. Sollte die Nichtigkeit bei den Präsidentschaftswahlen eintreten, so würde die Wahl an einem Sonntag im Oktober desselben Jahres stattfinden, so das Dekret. Im Falle der Wahl der Abgeordneten und Bürgermeister*innen würde sie zur selben Zeit wie die Stichwahl des Präsidenten wiederholt. Die Wiederholung der Wahlen wäre ein beispielloses Szenario, das die Ausgabe weiterer öffentlicher Mittel für die Organisation und den Neudruck der Stimmzettel nach sich ziehen würde. Die Wahlen am 25. Juni werden die TSE 25 Millionen Q kosten. (...) Nachwahlen würden diesen Betrag also noch einmal aufkommen lassen.

Die Unwahrscheinlichkeit der ungültigen Stimme und ihre geringe Häufigkeit

Die ungültige Stimme wäre eine Möglichkeit für Bürger*innen, die es leid sind, zwischen denselben politischen Angeboten zu wählen. Sie wollen damit das Ziel der Politiker*innen und ihrer Finanziere durchkreuzen, die einer Abstimmung den Anschein von Legitimität verleihen wollten. Dabei dürften nach Ansicht mehrerer befragter Analyst*innen die Wahlen ohnehin nur geringe Auswirkungen auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung und die Beseitigung der durch die Korruption verursachten grossen strukturellen Ungleichheiten haben.

Bisher war dieses ungültige Votum noch niemals stark genug, um das Wahlgesehen zu verändern. Darüber hinaus hat die ungültige Stimme bisher nur wenig Aufmerksamkeit erregt. Es wurde eher dazu aufgerufen, seine Stimme auf eine andere, zugelassene, Kandidat*in zu übertragen als auf die ungültige Stimme zu setzen.

"Es wird vermutet, dass im Jahr 2019 die Tatsache, dass Thelma Aldana, als sie gefragt wurde, für wen sie stimmen würde, wenn sie nicht an den Wahlen teilnehmen könnte, und sie die andere Thelma - Cabrera - nannte, einen Einfluss auf den Anstieg der Unterstützung für die MLP hatte", sagte Carlos Mendoza, ein Politikwissenschaftler und Ökonom bei der NGO Diálogos.

Bei dieser Wahl erhielt Cabrera 456.114 Stimmen und landete damit auf dem vierten Platz. Dies ist als "Antivoto" bekannt geworden, eine Praxis, mit der einige Kandidaturen "bestraft" werden sollen, und die in der zweiten Runde häufiger vorkommt, wenn keine*r der Finalist*innen die Mehrheit der Wähler überzeugt hat.

Mendoza bezweifelte, dass die 23 % der Wähler*innen, die Pineda in den letzten Umfragen erhalten hatte, für die Annullierung der Wahl in ihrer Gesamtheit stimmen würden. "Die Atmosphäre ist nicht dazu angetan, dass sich die Wähler*innen gegen das System stellen. Was passiert, ist, dass die Wahlenthaltung zunehmen wird. Es ist wahrscheinlicher, dass die Wähler desillusioniert werden und nicht mehr zur Wahl gehen", sagte er. Die niedrigste Wahlbeteiligung in Guatemala wurde bei den Wahlen von 1995 verzeichnet, bei denen Alvaro Arzú als Ergebnis des als Serranazo bekannten Selbstputsches die Präsidentschaft erlangte. "Die Menschen waren vom politischen System enttäuscht und beteiligten sich wenig. Die höchste Wahlbeteiligung gab es 2015 mit 70 Prozent. Damals wurden die Menschen durch den Kampf gegen die Korruption ermutigt, aber jetzt herrscht Verzweiflung", so der Analyst von Diálogos.

Im Jahr 2019 nahmen von den 8.150.221 registrierten Wähler*innen 5.066.479 am ersten Wahlgang teil, 3.083.742 gingen nicht zur Wahl, 4.378.271 waren gültige Stimmen, der Rest ungültig: 209.444 <nulos>, 452.708 <blancos> und 44.093 <invalidos> (*Anm. der Redaktion: die Übersetzung ist in allen drei Fällen ungültig*). Von den 340 Gemeinden hatten nur zwei keine ungültigen Stimmen: San Jorge, Zacapa, und Esquipulas Palo Gordo in San Marcos. Im Gegensatz dazu waren San Pedro Carchá und Cobán in Alta Verapaz sowie Mixco, Villa Nueva und San Juan Sacatepéquez in Guatemala die Bezirke mit den meisten ungültig abgegebenen Stimmen.

Bei der letzten Wahl überwogen die Enthaltungen und ungültigen Stimmen bei weitem. Fast 3,1 Millionen Menschen haben im ersten Wahlgang nicht gewählt. In diesem Wahlgang erhielt VAMOS, die Partei, die Alejandro Giammattei zum Präsidenten machte, 608.083 Stimmen, was etwas mehr als einem Sechstel der Bevölkerung entspricht, die sich der Stimme enthielt, so Mendoza. Im zweiten Wahlgang gingen 4,9 Millionen Menschen nicht zur Wahl und Giammattei erhielt 1.907.801 Stimmen, denen 154.291 ungültige und 33.900 leere Stimmen gegenüberstanden, so die TSE-Daten.

Der Politologe Rudy Herrera sagte am 29. Mai in der Sendung Tangente, dass mehr als die Hälfte der Wähler*innen mobilisiert werden müsste, damit die ungültige Stimme bei diesen Wahlen wirken würden. Das wären mehr als 4 Millionen Menschen, (...). "Die Möglichkeit, dass dies einen Monat vor den Wahlen geschieht, ohne dass jemand an der Spitze steht, ohne dass sich die Geschädigten zusammenschliessen... und ohne dass sie vorschlagen, für die ungültige Stimme zu werben, ist gering. Denn man muss mehr ungültige Stimmen als alle Parteien zusammen erringen", so Herrera.

Der Abgeordnete Aldo Dávila, der ebenfalls vom Wahlkampf ausgeschlossen wurde, erklärte in den sozialen Netzwerken, dass die ungültige Stimme eher den grossen Parteien helfen würden, sich an der Macht zu halten. "Mit der ungültigen Stimme versichern wir den Korrupten, dass sie weitermachen werden", sagte er. Er räumte allerdings ein, dass die Alternative der ungültigen Wahl für jene interessant sein können, die verärgert sind, dass ihre Kandidat*innen aus dem Rennen gedrängt wurden. Eine Ansicht, die die guatemaltekischen Wahlbeobachtungsmission (MOEGT) teilt: "Wir halten es für wahrscheinlich, dass die aus dem Rennen ausgeschlossenen Kandidat*innen ihre Anhänger*innen auffordern werden, aus Protest gegen die Ablehnung ihrer Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen mit ungültig zu stimmen".

Rubén Hidalgo, Generaldirektor des Zentralamerikanischen Instituts für Politische Studien (INCEP), ist der Ansicht, dass die Art und Weise, wie die ungültige Stimme konstruiert ist, nicht genug Gewicht habe, um Veränderungen zu bewirken. "Für das System bedeutet es nichts weiter als eine Verpflichtung zur Wiederholung", so Hidalgo, "für die Kandidat*innen bedeutet es lediglich eine emotionale und moralische Niederlage".

Legitimität der Wahlen als Simulation der Demokratie

Legitimität wird definiert als etwas, das dem Auftrag des Gesetzes folgt; sie ist grundlegend für die Demokratie. Sie ist die Bestätigung dafür, dass politische und wahlbezogene Handlungen im Einklang mit dem Gesetz ausgeübt und entwickelt werden. Guatemala versucht, so Hidalgo, die formale Legitimität, d.h. den Teil des rechtlichen Prozesses, der die Handlungen der Institutionen bestätigt, zu erfüllen. Oberflächlich betrachtet scheint Guatemala den Legitimationsprozess einzuhalten, indem es politische Wahlen für öffentliche Ämter durch Volksbefragungen und die Abgabe von Stimmzetteln abhält. Das Land scheitert jedoch an der politischen Legitimität, wenn es keine öffentliche Politik schafft, die Forderungen der Bevölkerung zu verwirklichen und das Leben im Land in Chancen zu verwandeln.

Die TSE hat sogar das getan, was von einer demokratischen und partizipativen Regierung erwartet wird, um die Transparenz der Wahlen zu gewährleisten: Sie hat internationale Gremien eingeladen, den Wahlprozess zu beobachten. Ihre Anwesenheit und die Schlussfolgerungen, zu denen sie nach der Wahl kommen, könnten das Bild der Legitimität, das die Regierung nach aussen hin zu vermitteln versucht, verstärken.

In gewisser Weise hat die Anwesenheit internationaler Beobachter*innen wie ein Schutzwall gegen das Narrativ von der Errichtung einer heimtückischen Diktatur gewirkt, das seit dem Amtsantritt von Alejandro Giammattei im Jahr 2019 immer stärker wird. "Guatemala hat sich in eine formale Demokratie verwandelt, die sich an Termine, Prozesse und Formalismen hält. (...) In Wahrheit sei das Land unter den gegenwärtigen Bedingungen eher eine Autokratie (...): "Es hat

den Anschein, dass es Freiheit gibt, dass Gesetze angewendet werden, dass die Pressefreiheit respektiert wird, aber das ist falsch", sagte der INCEP-Direktor. (...) In diesem Zusammenhang orakelte er, dass die Wahlen, die die meisten ungültigen Stimmen erhalten könnten, jene zum Zentralamerikanischen Parlament sind, an zweiter Stelle die Präsidentschafts-, an dritter Stelle die Kongress- und an vierter und fünfter Stelle die Landkreis- und Kommunalwahlen. (Prensa Comunitaria)

Ein Unsicherheitsgefühl dominiert 20 Tage vor den Wahlen

Guatemala, 6. Juni - Die Wahlen, die am 25. Juni in weniger als 20 Tagen stattfinden werden, wecken mehr Unsicherheit als Begeisterung, so die befragten Analyst*innen, die glauben, dass dieser Faktor an diesem Tag eine sehr wichtige Rolle spielen könnte.

Die Disqualifizierung von Kandidat*innen war ein entscheidendes Element im Wahlprozess, das diese Unruhe geschürt hat, von der Zurückweisung von Akten im Register und im Obersten Wahlgerichtshof (TSE) bis hin zu den Fällen, die vor Gericht verhandelt wurden. Die Richter*innen haben entschieden, bestimmte Kandidat*innen für das Amt des Präsidenten, der Abgeordneten oder Bürgermeister*innen aufrechtzuerhalten oder aus dem Rennen zu nehmen, was eine Lawine von Klagen ausgelöst hat. In der vergangenen Woche waren 99 Klagen bei verschiedenen Gerichten anhängig. (...) Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Renzo Rosal erzeugt diese Willkür, wer teilnehmen darf und wer nicht, ein Gefühl der Unsicherheit, das auch das Gefühl verstärkt, nicht zu wissen, wen man wählen soll. "Den Wähler*innen sollten alle Karten auf den Tisch gelegt werden, sie sollten die politischen Programme kennen oder zumindest deren zwei oder drei wichtigsten Themen", so der Analyst. Die Bürger*innen seien gezwungen sind, nicht nach Vorlieben zu wählen, sondern zu verwerfen, was ihn am allerwenigsten gefällt (...)

Konfliktreiche Situation

Das Gefühl der Ungewissheit, zusammen mit der Ablehnung des Verfahrens, des Wahlorgans oder der Wahlmöglichkeiten, birgt nach Ansicht von Analyst*innen die Möglichkeit von mehr Konflikten in den Wahllokalen.

Rosal sagte, dass es am Wahltag und darüber hinaus zu Auseinandersetzungen kommen könnte. "Die Ergebnisse werden umstritten sein, und sobald die Wahllokale schliessen, wird es wohl zu Spannungen kommen", warnte er. Aufgrund des mangelnden Vertrauens in die TSE könne es zu einem Dominoeffekt der Unzufriedenheit kommen, ausgelöst von einzelnen Bürger*innen, die einen Betrug behaupten, weil sie mit den Ergebnissen unzufrieden sind. "Es gibt auch Zweifel daran, was die da oben mit meiner Stimme machen werden, wie manipulierbar sie sein werden", sagte er. (...)

Der mögliche konfliktreiche Ausgang der Wahlen könnte sich laut Hugo Maul, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für nationale Wirtschaftsstudien (CIEN), auf die Wirtschaftsaussichten auswirken. Obwohl die wirtschaftliche Situation des Landes stabil ist, "besteht das Problem darin, dass politische und soziale Konflikte eine gute Wirtschaft ruinieren können", sagte er.

Nach der Konfliktkarte des TSE sind acht Gemeinden sehr stark gefährdet, 47 stark gefährdet, 53 mittelgefährdet und weitere 237 gering gefährdet. Kürzlich hat Daniel Núñez, ein Forscher der Organisation Diálogos, fünf Variablen erörtert, die einen Konflikt auslösen können. Dabei handelt es sich um den Abstand zwischen dem ersten und dem zweiten Platz, die Zahl der Einwohner*innen, die Wiederwahl von Bürgermeister*innen, die Anzahl der Parteien und historische Agrarprobleme. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Gewalt auch durch die mangelnde Erfahrung der zeitweiligen Wahlorgane, d.h. der Wahlvorstände der Departements (JED), der Gemeinden (JEM) und der Wahlempfangsvorstände (JRV), ausgelöst wird. (...) (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6